

Öffentlichkeitsreferat

Peter Horstmann

Schlossplatz 1
48149 Münster

Zimmer: 201
Telefon: 0251 / 83 - 23070
Telefax: 0251 / 51 92 89
E-Mail: asta.oeffentlichkeit@uni-muenster.de

ÖffentlichkeitsreferentInnen:
Adam Meinhold Peter Horstmann
Marco Rustemeyer

Pressemitteilung

Münster, den 24 Januar 2011

Unverständnis über Änderungsantrag zur Studiengebührenabschaffung

Die rot-grüne Landesregierung hat am 18. Januar 2011 einen Änderungsantrag zum Gesetzesentwurf zur Abschaffung der Studiengebühren eingereicht. Dieser soll nach Ansicht der Landesregierung ein „Angebot“ an die anderen Parteien sein, damit möglichst viele ParlamentarierInnen diesem zustimmen.

Die vorgesehenen Veränderungen sind für den ASTa der Universität Münster eine Abkehr von versprochenen Zusagen an die Studierendenschaft in NRW. So ist vor allem die fehlende Dynamisierung der Kompensationszahlungen ein Dorn im Auge.

„Die Landesregierung stellt 249 Millionen Euro an Kompensationsmittel zur Verfügung. Jedoch bestehen wir weiterhin darauf, dass mit steigenden Studierendenzahlen auch die Höhe der Kompensationsmittel steigt“, betont Steffen Baranski, Referent für Hochschulpolitik im ASTa der Universität Münster.

Ebenfalls wird ein fehlendes Mitentscheidungsrecht der Studierenden in der „Kommission zur Qualitätsverbesserung in Lehre und Studium“ kritisiert. Ziel dieser Kommission sind u. a. planerische Vorschläge zur zweckgemäßen Verwendung der Kompensationsmittel. Diese Vorschläge sind jedoch für die jeweilige Hochschulleitung nicht bindend. So steht in dem Änderungsantrag nunmehr: „Die Hochschulleitung ist angehalten die Vorschläge der Kommission zu berücksichtigen“.

Der ASTa der Universität Münster fordert hier ein wirkliches Mitentscheidungsrecht. „Die Studierenden haben gegen die Studiengebühren gekämpft, nun fordern wir auch, dass wir mitbestimmen können, wie die Kompensationsmittel eingesetzt werden sollen. Es bleibt zu hoffen, dass der von Rot-Grün eingebrachte Änderungsantrag nicht der Weisheit letzter Schluss sein soll, denn der ist es wahrlich nicht“, so Baranski weiter.